

In Brandenburg hält die Landflucht an

Spremberg – Der Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen (BBU) hat vor einem Auslaufen des Förderprogramms Stadtumbau Ost im Jahr 2009 gewarnt. Ab 2015 werde der Wohnungsleerstand in Brandenburg zunehmen, sagte Ludwig Burkardt, Vorstand des Vermieterverbandes. Bis zum Jahr 2030 sei in Brandenburgs Randregionen nach offiziellen Schätzungen mit einem Bevölkerungsrückgang um 360 000 Menschen zu rechnen. Damit würden landesweit bis zu 150 000 Wohnungen zusätzlich leer stehen.

Mit einer Fortschreibung des Förderprogramms über 2009 hinaus könne dem entgegengewirkt werden, sagte Burkardt. Es habe sich in den vergangenen Jahren als Instrument zur Stabilisierung brandenburgischer Städte bewährt. Das Programm bremsen wirkungsvoll die Spirale aus Bevölkerungsrückgang, Leerständen, Verfall und weiterem Fortzug. Burkardt verwies auf das Beispiel Spremberg. Dort würde der Leerstand bei BBU-Mitgliedern ohne die Fördermittel statt der derzeitigen 15,3 mehr als 20 Prozent betragen. In anderen Städten sei es ähnlich. Landesweit stehen nach BBU-Schätzungen etwa 130 000 Wohnungen leer. Bislange seien in ganz Brandenburg 35 000 Wohnungen abgerissen worden, 29 000 aus BBU-Beständen. dpa

WWW.TAGESSPIEGEL.DE



URL: <http://www.tagesspiegel.de/berlin/Brandenburg-Bevoelkerung;art128,2376636>

Bevölkerung

Grüne kritisieren Entsiedlungspläne

Die Idee zur gezielten Entvölkerung dünn besiedelter Regionen Brandenburgs sorgt weiter für Kritik. BBU und Grüne erheben Technokratievorwürfe.

10.09.2007 17:22 Uhr

"Hinter der Idee, ganze Siedlungen mit Prämienzahlungen zu veröden und in Wildland zurückzuverwandeln, steht eine technokratische Weltsicht", kritisierte der Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen (BBU). Die Grünen sprachen von einer "Kapitulation vor den Herausforderungen der Bevölkerungsentwicklung", die an die gezielte Aufgabe von Dörfern zu DDR-Zeiten erinnere.

Entsiedlungsprämien würden den Bevölkerungsrückgang nur noch verstärken, kritisierte der BBU. Zudem berücksichtige der Vorschlag nicht die Folgekosten, die durch den Abriss von Wohnungen und Infrastruktur entstünden. Brandenburgs Kommunen bräuchten eine Stärkung und keine Schwächung. Der BBU setze sich deshalb für eine Fortsetzung des Stadtumbauprogramms Ost ein, das durch Wohnungsabriss und die Aufwertung freier Flächen die Funktion der brandenburgischen Kommunen sichere. Damit könne verhindert werden, dass im Jahr 2030 über 250.000 Wohnungen dauerhaft leer stehen.

Grüne: Bevölkerungsrückgang lässt sich abmildern

Der Grünen-Landesvorsitzende Axel Vogel sagte, die Vorschläge der Wissenschaftler seien die konsequente Fortschreibung der schwarz-roten Regierungsmaxime "Stärken stärken" und der damit verbundenen "Zweiteilung des Landes in Gewinner- und Verliererregionen". Der Bevölkerungsrückgang lasse sich nicht stoppen, aber abmildern. Hierfür seien kreative Konzepte gefragt. Es gebe genügend Ansatzpunkte, wie Erfahrungen etwa mit Rufbussen, rollenden Supermärkten, Onlineverwaltung, Gemeindeschwestern und Zwergschulen zeigten.

Am Wochenende war der Vorschlag auch aus den Reihen von CDU, SPD und der Linken kritisiert worden. Die im Auftrag des Brandenburger Landtages vom Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung erarbeitete Studie war nach Angaben der "Märkischen Oderzeitung" zu dem Schluss gekommen, dass es zu teuer sei, überall die jetzige Infrastruktur aufrecht zu erhalten. Deshalb schlugen die Gutachter vor, die "Entleerung geradezu zu fördern". Dem Papier zufolge sollten Prämien für das Verlassen entvölkerter Regionen gezahlt werden. *(mit ddp)*